

Energiesteuern zur Milderung des Wachstumszwangs

Energie ist billig und trägt viel mehr zu Wertschöpfung und Wirtschaftswachstum bei als die teure menschliche Arbeit. Ökonometrische Analysen des Wirtschaftswachstums in Deutschland, Japan und den USA in Verbindung mit Optimierungsstudien ergeben nämlich, dass die Produktionsmächtigkeit¹ der Arbeit viel kleiner und die der Energie viel größer ist als der jeweilige Kostenanteil dieser Faktoren.² Das erzeugt den Rationalisierungsdruck zur Ersetzung des Faktors Arbeit durch energiegetriebene Maschinen. Es erzeugt auch den Globalisierungsdruck zur Verlagerung von Arbeitsplätzen in die Länder, in denen niedrige Lohnkosten der geringen Produktionsmächtigkeit der Routinearbeit eher entsprechen als in den wohlhabenden Industrieländern. Zudem fördert billige Transportenergie die Globalisierung. Arbeit ist bei uns teuer, weil nicht nur relativ gut verdient wird, sondern auch, weil der Staat die Gemeinschaftsaufgaben und sozialen Sicherungssysteme ganz wesentlich durch Steuern und Sozialabgaben auf den Faktor Arbeit finanziert. Eine (aufkommensneutrale) Verlagerung der Steuer- und Abgabenlast vom schwachen Produktionsfaktor Arbeit auf den starken Faktor Energie, d.h. eine Besteuerung gemäß wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, könnte den Druck zum Abbau gut bezahlter industrieller Vollzeit Arbeitsplätze mindern, arbeitsintensive Dienstleistungen wie Altenpflege bezahlbarer machen, ein weiteres Öffnen der Schere zwischen Arm und Reich bremsen, den Zwang zu Wachstum zwecks Schaffung neuer Arbeitsplätze und Begrenzung der Staatsverschuldung mildern, und die rationelle Energieverwendung samt der damit verbundenen Emissionsminderung fördern. Die Steuer pro Energieeinheit sollte in dem Maße wachsen, wie sie Energieeinsparungen stimuliert. Und so lange körperlich schwere und gefährliche Arbeiten von energiegetriebenen Maschinen verrichtet werden, wird die Besteuerungsbasis niemals auf Null schrumpfen. Dafür sorgen die Gesetze der Thermodynamik. Wettbewerbsnachteile werden durch Grenzausgleichsabgaben gemäß dem Energieaufwand für die Herstellung und den Transport der grenzüberschreitenden Produkte verhindert. Soziale Härten können ohne zusätzliche Bürokratie durch erhöhte Kilometer-Pauschalen und Zuschüsse zu den Heizkosten vermieden werden. Und schließlich dürfte Energiesteuer-Hinterziehung schwierig sein, weil Energieströme leicht zu messen und schwer zu verbergen sind.

*Prof. Dr. Reiner Kümmel, Institut für Theoretische Physik und Astrophysik,
Universität Würzburg*

13. Oktober 2011

¹fachökonomisch: Produktionselastizität

²D. Lindenberger, R. Kümmel, "Energy and the State of Nations", ENERGY 36, 6010-6018 (2011); R. Kümmel, "The Second Law of Economics. Energy, Entropy, and the Origins of Wealth". The Frontiers Collection. Springer, New York, Dordrecht, Heidelberg, London, 2011.